

# Der Vollzugsdienst

3/2020 – 67. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

## Gewalt im Justizvollzug – Mehr als eine subjektive Wahrnehmung

Wissenschaftliche Studie durch Justus-Liebig-Universität geplant

Seite 1

## Ehrevorsitzender Franz Hellstern feierte seinen 80. Geburtstag

Maßgeblich an der Gestaltung der Verbandspolitik mitgewirkt

Seite 16

## Vielfältige Aufgaben: „Die Realität der uniformierten Kollegen im Gericht“

„Fachgruppe der Gerichtsbarkeit“ im BSBD Sachsen stellt sich vor

Seite 63

## Aus der einen Krise in die Nächste?

Lesen Sie mehr dazu ab Seite 2



Foto: © studio v-zwoelf / stock.adobe.com

**WIR!**

stehen zusammen - für EUCH !

**BSBD**  
Gewerkschaft Strafvollzug



# INHALT


## BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1 Gewalt im Justizvollzug – Mehr als eine subjektive Wahrnehmung
- 1 Geplante Studie: Gewalt und Aggressionen gegen Bedienstete in Deutschland
- 2 Aus der einen Krise in die Nächste?
- 4 Bundesvorsitzender René Müller schildert MdB Johannes Fechner (SPD) die Situation im Strafvollzug
- 5 Respekt und Anerkennung für die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 6 Berufsende in Sicht – Annäherung an eine neue Lebensphase

## LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 18 Berlin
- 24 Brandenburg
- 28 Hamburg
- 33 Hessen
- 38 Mecklenburg-Vorpommern
- 40 Niedersachsen
- 42 Nordrhein-Westfalen
- 56 Rheinland-Pfalz
- 61 Saarland
- 63 Sachsen
- 66 Sachsen-Anhalt
- 70 Schleswig-Holstein
- 71 Thüringen
- 67 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	René Müller	rene.mueller@bsbd.de <b>www.bsbd.de</b>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	René Selle	rene.selle@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung</b>	Anja Müller	<b>vollzugsdienst@bsbd.de</b>
<b>Geschäftsstelle:</b>	<b>Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands</b> Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
<b>Bayern</b>	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
<b>Brandenburg</b>	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
<b>Bremen</b>	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
<b>Hamburg</b>	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
<b>Niedersachsen</b>	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
<b>Sachsen</b>	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
<b>Schleswig-Holstein</b>	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
<b>Thüringen</b>	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

**ERSCHEINUNGSTERMIN**

der Ausgabe 4-5/2020:



**13. Oktober 2020**

Aufruf zur Beteiligung!

## Gewalt im Justizvollzug – Mehr als eine subjektive Wahrnehmung

Wissenschaftliche Studie durch Studie der Justus-Liebig-Universität geplant

**U**nter uns als Vollzugsbedienstete, aber auch in den Zeitschriften „Der Vollzugsdienst“, „Focus“, auf der Website des BSBD und auf den Social-Media-Plattformen ist es ein Dauerbrandthema. Die Übergriffe auf unsere Bediensteten werden nicht weniger und nehmen sogar an Intensität zu. Selbst in Pandemiezeiten – wie der aktuellen Covid-19 Krise – werden uns als Interessensvertretung der Bediensteten im Justizvollzug fast täglich verbale und/oder körperliche Übergriffe auf unsere Bediensteten bekannt. Auch Übergriffe von unter Quarantäne stehenden Gefangenen oder gar von Gefangenen, die mit dem Virus akut infiziert sind, wurden in den letzten Tagen verzeichnet.

Ebenso ein Dauerbrandthema ist die Vergleichbarkeit der zu diesem Thema erhobenen Daten. Die uns als Gewerkschaft seitens der Ministerien präsentierten Fallzahlen entsprechen sehr häufig nicht den uns durch unsere Mitglieder übermittelten Daten. Daher ist es Zeit, eine belastbare eigene Fallzahlenerhebung durchzuführen.

Insofern freuen wir uns, dass sich mit **Frau Kemperdiek**, wie im nachfolgenden Beitrag beschrieben, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin findet, die sich in einer Doktorarbeit speziell den Übergriffen von Gefangenen auf die Bediensteten im Justizvollzug widmen möchte. Diese Bemühungen wollen wir als **BSBD** unterstützen, um zu bereits getroffenen Maßnahmen zur Gewaltprävention zu evaluieren und weiter auf die Verringerung der Gewaltübergriffe auf unsere Mitarbeiter in den Ministerien hinzuwirken.

Wir haben dazu auf der **BSBD-Website** einen Kurzfragebogen von **Frau Kemperdiek** eingestellt. Bitte äußert Euch auch dort zu Euren Erfahrungen

mit Übergriffen durch Gefangene. Diese Befragung ist anonym. Wir freuen uns, wenn Ihr zahlreich an dieser Studie mitarbeitet und nach erfolgreicher Auswertung und Fertigstellung der Arbeit

werden wir hier im **Vollzugsdienst** die Ergebnisse bekannt geben. Damit helfe Ihr uns, eine eigene belastbare Statistik zu erhalten, die mit den Daten der Ministerien abgeglichen werden können.



*Nachfolgend weitere Informationen durch Frau Dipl. Jur. Franziska Kemperdiek zum Vorhaben, den Kontaktdaten und zur Durchführung ihrer Doktorarbeit:*

### Geplante Studie: „Gewalt und Aggressionen gegen Bedienstete im Justizvollzug in Deutschland“

**I**m Auftrag des Deutschen Beamtenbundes (dbb) – Landesgruppe Hessen – führte der Lehrstuhl für Kriminologie (**Prof. Dr. Britta Bannenberg**) an der Justus-Liebig-Universität in Gießen im Zeitraum vom 24.09.2019 bis 30.11.2019 eine Befragung zur Erfassung von Gewalt und Aggressionen gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Hessen durch, um das Ausmaß und die Art der Betroffenheit zu ermitteln. Von besonderem Interesse war hierbei, ob Betroffene im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit bzw. ihrem Arbeitsplatz schon einmal Gewalt oder Aggressionen ausgesetzt waren oder sind. Von wem und in welchem Zusammenhang ging die Gewalt aus? Wurde

der Vorfall dienstlich oder strafrechtlich angezeigt und verfolgt? Und aus welchen Gründen hat sich der Betroffene<sup>1</sup> für oder gegen eine Anzeige entschieden?

Im Rahmen der o. g. nicht repräsentativen Studie, welche einen ersten Eindruck von der Gewaltbetroffenheit hessischer Bediensteter im dienstlichen Zusammenhang erbringen sollte, fiel auf, dass diverse Berufsgruppen eine hohe Gewaltbetroffenheit mit spezifischen Besonderheiten aufweisen. Das Ausmaß von Beleidigungen und wiederholten aggressiven Ansprachen, verbalen und körperlichen Bedrohungen ist enorm und gehört für viele Betroffene nicht selten zum Alltag. Auch die

emotionale Belastung mit zahlreichen negativen Begleiterscheinungen bei der Ausübung der beruflichen Tätigkeit ist präsent. Die Studie, die mittels eines Online-Fragebogens durchgeführt wurde, ergab zum Beispiel, dass 90 % der teilnehmenden Bediensteten aus dem Justizvollzug in ihrem gesamten Berufsleben mindestens eine verbale oder körperliche Bedrohung erlebten, über 50% innerhalb der letzten 12 Monate. 57% der Teilnehmer wurden in ihrer beruflichen Laufbahn im Justizvollzug mindestens einmal Opfer eines körperlichen Angriffs, bei über 30% trifft das auf die letzten 12 Monate zu.<sup>2</sup> Im Rahmen meiner Dissertation möchte ich mich nun eingehend mit der Thematik

befassen und mit Hilfe der Gewerkschaft Strafvollzug – Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschland (BSBD) – das Ausmaß und die Häufigkeit der Betroffenheit von Gewalt und Aggressionen im dienstlichen Kontext innerhalb der Justizvollzugsanstalten bundesweit ermitteln. Die geplante Umfrage, die online durch die Übermittlung eines Links in anonymisierter Form durchgeführt werden soll, dient dem Ziel, die objektive und subjektive Sicherheitslage der Bediensteten im Justizvollzug zu erfragen, einen besseren Überblick der bundesweiten Situation im Justizvollzug zu erhalten und die bisher gewonnenen Erkenntnisse zu vertiefen.

Wenn möglich, sollen Schutz- und Präventionsmaßnahmen beurteilt und gegebenenfalls neu entwickelt werden, um Gefahren im beruflichen Kontext künftig verringern zu können. Neben dieser Umfrage per Fragebogen sind vertiefende Telefoninterviews bzw. persönliche Interviews geplant, die einem besseren Verständnis der Situationen, in denen es zu Gewalt kommt, dienen. In diesem Zusammenhang hat Sie möglicherweise bereits die Bitte durch die Gewerkschaft erreicht, für ein solches Interview zur Verfügung zu stehen. Sie können sich – gern auch anonym – melden, wenn Sie zu einem solchen bereit sind.

Ich danke Ihnen bereits jetzt für Ihre Teilnahme an der geplanten Umfrage. Außerdem danke ich der Bundesleitung der Gewerkschaft Strafvollzug, insbesondere Herrn **René Müller**, für die Unterstützung. ■

#### Kontaktdaten:

Franziska Kemperdiek, Dipl.-Jur.  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Professur für Kriminologie  
Frau Prof. Dr. Britta Bannenberg  
Licher Straße 64  
35394 Gießen  
Tel.: 0641 99 215 73  
mobil: 01578 6749272  
E-Mail: Franziska.Kemperdiek@  
recht.uni-giessen.de

<sup>1</sup> Zur besseren Lesbarkeit wird in diesem Bericht nur die männliche Form verwendet. Die weibliche Form ist selbstverständlich immer mit eingeschlossen.

<sup>2</sup> Eine Zusammenfassung der Ergebnisse findet sich online abrufbar auf der Website des DBB, Landesgruppe Hessen: [https://www.dbb-hessen.de/fileadmin/user\\_upload/www\\_dbb-hessen\\_de/images/2020/Pressekonferenz\\_Gewalt\\_gegen\\_Beschaeftigte\\_im\\_oeffentlichen\\_Dienst\\_Prof.\\_Dr.\\_Britta\\_Bannenberg\\_-\\_Gewalt\\_gegen\\_Beschaeftigte\\_im\\_Oeffentlichen\\_Dienst\\_des\\_Landes\\_Hessen\\_\\_Zusammenfassung\\_.pdf](https://www.dbb-hessen.de/fileadmin/user_upload/www_dbb-hessen_de/images/2020/Pressekonferenz_Gewalt_gegen_Beschaeftigte_im_oeffentlichen_Dienst_Prof._Dr._Britta_Bannenberg_-_Gewalt_gegen_Beschaeftigte_im_Oeffentlichen_Dienst_des_Landes_Hessen__Zusammenfassung_.pdf).

## Aus der einen Krise in die Nächste?

BSBD: Kein Platz, kein Personal, kein Geld



Foto: © Jürgen Fälchle/stock.adobe.com

Nach Corona ist vor Corona, auch wenn die nächste Krise einen anderen Namen trägt.

**E**s finden Lockerungen der Corona-Auflagen statt. Aber kommen wir im Justizvollzug tatsächlich aus dem Krisenmodus oder tauschen wir nur eine Krise gegen eine andere? Seit Jahren befindet sich der deutsche Justizvollzug im Krisenmodus, nur die Intensität verändert sich. Viel zu wenig Personal, zunehmende Gewalt gegen Bedienstete, fehlende Anerkennung der Arbeit im Justizvollzug, marode überfüllte Haftanstalten und damit fehlende Haftplatzkapazitäten, um eine Resozialisierung sicherzustellen, sowie mangelnde finanzielle Ausstattungen sind Gründe für diese Krise, auf die der BSBD seit Jahren hinweist. Mit COVID-19 und der damit zusammenhängenden weltweiten Infektionswelle nahm die Intensität der Krise rapide zu.

Haftunterbrechungen, Nichtantritte von Haftstrafen, Beurlaubung von Freigängern und Kurzzeitinhaftierten sorgen in vielen Bundesländern für den erforderlichen Platz an Haftkapazitäten zur Einrichtung von Pandemie-/Quarantänestationen.

Andere, die Bevölkerung weniger gefährdende Lösungen, gab es nicht. Jetzt soll die schrittweise Rückkehr zur „Normalität“ folgen. Die Gerichte nehmen ihre Arbeit wieder auf und auch sonst wird das Land zunehmend in den „Normalmodus“ zurückversetzt. Wohin also mit den neuen und – vor allem – bis dahin verurteilten Straftätern und Untersuchungshaftgefangenen? An einen „normalen“ Dienstbetrieb oder gar eine ausreichende Resozialisierung mit den erforderlichen Differenzierungen ist auch in absehbarer Zeit nicht zu rechnen.

Bereits vor der Corona-Krise waren die meisten Haftanstalten überbelegt, diese Situation droht sich in naher Zukunft noch weiter zu verschärfen. Und das Personal? Welches Bundesland hat es denn bislang geschafft, seine quantitativen Personaldefizite zu beseitigen?

Aus Sicht des BSBD werden wir dringend weitere Haftplätze und vor allem ausreichend Personal benötigen.

**Und da waren sie wieder, die drei Probleme unserer Krise: kein Platz, kein Personal, kein Geld.**

Hier sei an eine Aussage des Bundesfinanzministers Scholz vom April dieses Jahres erinnert, der zusagte, gerade bei den strukturelevanten Berufen zukünftig genauer hinzuschauen und diese zu stärken. Seit Jahren ächzt der deutsche Justizvollzug unter der Last der vorherrschenden Zustände.

**Seit Jahren sind unsere Kolleginnen und Kollegen „Helden des Alltags“, und keiner nimmt es zur Kenntnis.**

Seit Jahren erwarten die Bediensteten eine Erhöhung und komplette Angleichung der Bezahlung in den Vollzugsdiensten und findet nur in wenigen Bundesländern Gehör. Lobby Justizvollzug? Es bleibt wie immer die Frage, wer es bezahlt? Die einzelnen Bundesländer?

Aufstockung der finanziellen Mittel für den Justizvollzug? Genaues „Hinzuschauen“? Eine einfache Betrachtung der gegenwärtigen Lage reicht im Straf-

vollzug bereits aus, um zu erkennen, dass kluge Sprüche nicht genügen werden. Egal ob Verwaltung, Betriebe, medizinisches Personal oder der Allgemeine Vollzugsdienst: Alle sind seit Jahren am Limit, nicht nur in der aktuellen Pandemie-Situation. Und wer als gewählter politischer Vertreter sogar Gehaltsverzicht für den öffentlichen Dienst fordert, sollte sich sehr wohl überlegen, wo er den Rotstift ansetzen will. **Es sollte auch für politisch Sehbehinderte möglich sein zu erkennen, wer in Zeiten der Krise die Funktion des Landes sicherstellt und für die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung sorgt, ohne finanziell davon zu profitieren.** Der öffentliche Dienst hat es nicht nur verdient beachtet zu werden, sondern hat ein Recht auf eine gute Ausstattung an Personal, Material und finanziellen Mitteln.

– Eine Frage des Respekts für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzuges!

– Eine Frage des Respekts für die Helden des Alltags!

### Zentrale Steuerung in Zeiten einer Krise notwendig

Zahlreiche Ausnahmen im Vollzugsalltag verzeichnen wir in diesen Tagen in den Justizvollzugsanstalten. Jedes Bundesland versucht, die Krise nach seinen Möglichkeiten zu meistern.

Dabei treibt das föderale System tatsächlich skurrile Blüten. Zum Beispiel unterschiedliche Schutzmaßnahmen für Bedienstete und Gefangene, ob eine Maskenpflicht besteht, oder ob Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel Anwendung finden. Gibt es eine Kindernotbetreuung für Schichtdienstler? Oder einen entsprechenden Schutz für Bedienstete mit besonderen gesundheitlichen Risiken (Risikogruppe)? Werden Tests der Bediensteten bei Infektionsverdacht durchgeführt? Und wenn

ja: Übernimmt der Dienstherr auch die Kosten bei einer angeordneten Testung durch den Dienstherrn?

Besuchsverbote, Besuchseinschränkungen, Haftantritte, Haftunterbrechungen – so könnte man die Liste endlos fortführen. Nicht nur jedes Bundesland macht seine eigenen Regeln, sondern auch die Anstalten. Und unsere Bediensteten sind mittendrin. Was in einer Anstalt bereits gelebte Praxis ist, kann in der Nachbaranstalt noch nicht einmal geplant sein.

Sicher ist die Infektionswelle mit COVID-19 eine große Herausforderung für die Pandemiekommissionen, die auf die Schnelle ins Leben gerufen wurden. Die getroffenen Maßnahmen und die initiale Umsetzung durch die Kolleginnen



Eine ausreichende Versorgung mit FFP2 und FFP3-Masken konnte bis heute nicht sichergestellt werden.

und Kollegen vor Ort haben den deutschen Justizvollzug bisher vor einer größeren Katastrophe bewahrt. Trotzdem bleibt die Frage: Was passiert, wenn? **Bei einem größeren Personalausfall als Folge von Infektionen sind die wenigsten Bundesländer in der Lage, diesen entsprechend auszugleichen.**

Eine ausreichende Versorgung mit FFP2- und FFP3-Masken konnte bis heute nicht sichergestellt werden. Desinfektionsmittel war in einzelnen Bundesländern knapp oder teils nicht mehr vorhanden. Statt zentraler Steuerung und Koordination, besteht eine große Leere. Wichtige Dinge wie die Beschaffung, Bevorratung und Bereitstellung von Schutzmaterial, Schutzausrüstung, Reinigungs- und Desinfektionsmittel sind Ländersache in Zeiten, in denen Nationen um eben diese Mittel kämpfen.

Während sich die Bundesregierung im Bereich Soziales/Gesundheit/Wirtschaft engagierte und gute Arbeit leistete, hielt sich das BMJV im sächsischen Justizvollzug komplett bedeckt. Eine traurige Erkenntnis und Ergebnis des föderalen Prinzips.

Der BSBD erwartet ein für alle Bundesländer einheitliches Pandemiekonzept, das den Bundesländern ausreichend Spielraum für weiterführende individuelle Maßnahmen gibt und eine zentrale Stelle, in der Informationen zusammenlaufen und von der aus bundeseinheitliche Maßnahmen zentral gesteuert und angeordnet werden können. Wie zum Beispiel die Belieferung mit Material bei Engpässen, die Nachbesetzung der Stellen im Justizvollzug bei extremem Personalausfall, die Unterbringung von Gefangenen bei Haftraumengpässen und Unterbringung von Intensivpatienten.

**Nach Corona ist vor Corona, auch wenn die nächste Krise einen anderen Namen trägt.** ■



Wer trägt die Kosten für die Tests der Bediensteten bei Infektionsverdacht?

Foto: © Joel bubble ben/stock.adobe.com

Persönliche Begegnung wird zum Telefonat – Flexibilität in der Pandemie

## Bundsvorsitzender René Müller schildert MdB Johannes Fechner (SPD) die Situation im Strafvollzug



BSBD-Bundsvorsitzender im Gespräch mit MdB Fechner. Foto: BSBD

Für den 20. April 2020 war ein weiteres Treffen der Bundesleitung mit Abgeordneten des Rechtsausschusses des Bundestages geplant. Bedingt durch die einzuhaltenden Schutzmaßnahmen und Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Infektionswelle, wurde dieses Treffen kurzerhand in ein ca. einstündiges Telefongespräch zwischen dem SPD-Bundestagsabgeordneten Johannes Fechner und dem Bundsvorsitzenden René Müller umdisponiert.

Dem Informationsgehalt und dem Erfolg des Gespräches tat dies keinen Abbruch. Wie auch in den Gesprächen der Bundesleitung mit weiteren Abgeordneten des Bundestagsrechtsausschusses erläuterte René Müller die Situation im deutschen Strafvollzug: Unter anderem die mangelnde Personalausstattung, die Zunahme der Aufgaben im Justizvollzug ohne Kompensation im Bereich Personal und Finanzen, die unterschiedlichen und aus Sicht des BSBD teilweise mangelhaften Vorgehensweisen der Bundesländer im Justizvollzug in vielen Bereichen durch das föderale Prinzip und insbesondere die Planung und Verfolgung eines bundeseinheitlichen Konzepts zur Inhaftierung, Sozialisierung und Resozialisierung

radikaler Straftäter. Wie bereits in den Tagen vor „Corona“ werden in den kommenden Jahren zahlreiche in der Türkei wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (IS) Inhaftierte mit deutscher Staatsbürgerschaft nach Deutschland abgeschoben.

Die Unterbringung von Personen mit radikalem Hintergrund sorgt für einen logistischen Mehraufwand in den einzelnen Vollzugsanstalten, der kaum zu realisieren ist. Einzelmaßnahmen, Einzelveranstaltungen, Einzelvorführungen und Komplizentrennung erfordern einen enormen Personalbedarf.

Die Überlegung, diesen Personenkreis zentral in einem Bundesgefängnis und in der Zuständigkeit des Bundes zu inhaftieren, wurde vom Abgeordneten Fechner als Alternative nicht ausgeschlossen.

Ein weiteres Thema war der Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafen (EFS) im Justizvollzug. Wir als Insider wissen, dass die Haftstrafen bei EFS kaum ausreichen, um eine Sozialisierung bzw. Resozialisierung mit den Inhaftierten erfolgreich zu beenden. Über alternative Formen des Vollzuges für EFS muss diskutiert werden. Denkbar wäre die Zusammenfassung mehrerer kleinerer Ersatzfreiheitsstrafen, um den Betroffenen dauerhafte Perspektiven für ihr künftiges Leben nach der Haft aufzuzeigen. Aber auch dafür bedarf es eines bundeseinheitlichen Gesetzes und einer gemeinsamen Vorgehenswei-



Foto: © HP www.spdfraktion.de/abgeordnete/fechner

MdB Johannes Fechner informierte sich über die Situation im Strafvollzug.

se. Zusammenfassend war es ein sehr offenes, angenehmes und aufschlussreiches Gespräch, das mit der Zusage des Abgeordneten Fechner endete, die von uns thematisierten Punkte seinen Fraktionskollegen mitzuteilen und zu besprechen.

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Ein persönliches Treffen mit der Bundesleitung wurde für das Ende dieses Jahres anvisiert. ■



Das föderale Prinzip bewirkt teilweise eine mangelhafte Vorgehensweise der Bundesländer im Justizvollzug. Foto: © MQ-Illustrations/stock.adobe.com

## Respekt und Anerkennung für die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dass die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen im deutschen Justizvollzug Beachtung und Anerkennung findet, davon zeugt der folgende Brief des Bundestagsabgeordneten **Dr. Jan Marco Luczak** (Sprecher der CDU/CSU-Fraktion für Recht und Verbraucherschutz), der in seinem persönlichen Namen als auch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an den BSBD-Bundesvorsitzenden **René Müller** den folgenden Brief sandte:

### **Dr. Jan-Marco Luczak MdB**

Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
für Recht und Verbraucherschutz

Berlin, 6. Mai 2020

#### **Wertschätzung des Einsatzes im Justizvollzug**

*Sehr geehrter Herr Müller,*

*hiermit möchte ich Ihnen ganz persönlich, aber auch im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen herzlichen Dank für den unermüdlichen Einsatz der Bediensteten in allen Bereichen des Strafvollzugs aussprechen. Die besondere Leistung und das Engagement der Bediensteten im Strafvollzug verdient nicht nur, aber auch und gerade in der Corona-Krise eine besondere Hervorhebung.*

*Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie stellt Deutschland, Europa und die Welt vor große Herausforderungen. Wir alle sind von den Auswirkungen in unserem Privat- und Berufsleben unmittelbar betroffen.*

*In dieser Ausnahmesituation galt es insbesondere, die Verbreitung des Virus einzudämmen und gleichzeitig die negativen Auswirkungen auf das Leben unserer Bürgerinnen und Bürger sowie die deutsche Wirtschaft zu begrenzen. Viele Maßnahmen gehen mit harten Einschnitten auch in die persönliche Freiheit einher.*

*Ich bin froh und dankbar, dass die Menschen in unserem Land mit großer Disziplin an der Eindämmung des Virus mitarbeiten.*

*Doch während das Land stillsteht und viele soziale Kontakte weitgehend eingeschränkt sind, ist und bleibt der Einsatz von Bundeswehr, Rettungskräften, Ärzten, dem Pflegepersonal und anderen in dieser Krisensituation weiter notwendig. Hierzu gehört auch der Justizvollzug, der nicht nur die Versorgung der Gefangenen sicherstellt, sondern im Besonderen für die Sicherheit und Ordnung unseres Landes unabdingbar ist.*

*So sehen wir mit großer Dankbarkeit die Arbeit der vielen Beschäftigten des Justizvollzuges in allen Bundesländern. Für die allermeisten Bediensteten ist Home-Office keine Option und ist es zudem schwer, beim Kontakt mit Gefangenen Abstandsregeln einzuhalten.*

*Auch die Betreuung und Versorgung von infizierten Gefangenen obliegt der Sorgfalt dieser Menschen. Sie setzen sich damit selbst einem hohen Risiko aus.*

*Die Beamten und Tarifbeschäftigten aus den unterschiedlichen Bereichen nehmen ihre Aufgaben ungeachtet dieser schwierigen Rahmenbedingungen täglich klaglos und mit großem Engagement wahr. Leider weitgehend unbemerkt von der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und ohne öffentliche Danksagungen. Auch deswegen war es mir persönlich wichtig, Ihnen diesen Dank zu übermitteln. Sie leisten für unsere Gesellschaft einen überaus wichtigen Beitrag.*

*Das verdient Respekt und Anerkennung.*

*Seien Sie deshalb versichert, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ich in meiner Funktion als Sprecher für Recht und Verbraucherschutz, Ihre und die Arbeit ihrer Kolleginnen und Kollegen im Strafvollzug besonders wertschätzen. Sie finden in uns immer einen Ansprechpartner, der für Ihre Anliegen ein offenes Ohr und Verständnis hat und sich sehr gern für Sie einsetzt. Bitte zögern Sie nicht, mich zu kontaktieren.*

*Wir wünschen Ihnen und allen Bediensteten im Strafvollzug  
in diesen herausfordernden Zeiten viel Kraft und Stärke.*

*Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund!*

**Dr. Jan-Marco Luczak**

## Berufsende in Sicht – Annäherung an eine neue Lebensphase

In knapp sechzig Jahren hat sich die Rentendauer verdoppelt

Das Leben nach dem Berufsende, von den einen wird es herbeigesehnt, von den anderen befürchtet. In meiner über 40-jährigen Gewerkschaftsarbeit habe ich Kolleginnen und Kollegen kennengelernt, die die Tage bis zu ihrem letzten Arbeitstag gezählt haben, dann aber mit der neuen Situation nicht zurechtkamen. Andere hingegen fassten problemlos Fuß. Manche hätten gerne weitergearbeitet und sahen deshalb den Ruhestand mit Schrecken entgegen, genossen diesen aber doch schon recht bald. Und es gab die, die tatsächlich in das sogenannte schwarze Loch fielen.

Mit dem Ruhestand sind umfangreiche und gravierende Änderungen verbunden – Gewinne, aber auch Verluste, die kompensiert werden müssen. Nicht nur das eigene Umfeld, auch die finanziellen Verhältnisse verändern sich in der Regel. Wie jedes einschneidende Ereignis im Leben wird auch der Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand auf sehr individuelle Art und Weise bewältigt.

Historisch gesehen ist der Ruhestand ein eher junges Phänomen. Bis zur Industrialisierung gab es ihn im heutigen Sinn nicht. Die meisten Menschen arbeiteten daher bis ins hohe Alter, oft bis zum Tod, da sie nicht sozial abgesichert waren. Erst das 1889 vom Reichstag verabschiedete Gesetz zur Alters-

noch die meisten Menschen verwenden, ohne ihn mit Stillstand oder Passivität zu verbinden, wohl aber mit „in Ruhe aktiv sein können“.

Dass die Ruhestandsphase im Vergleich zur gesamten Lebenszeit inzwischen größeren Raum einnimmt, liegt an der in den letzten hundert Jahren deutlich gestiegenen Lebenserwartung. Ein weiterer Grund ist, dass zahlreiche Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen nicht bis zum offiziellen Renteneintrittsalter arbeiten.

2018 betrug die durchschnittliche Rentenbezugsdauer bei Frauen 21,8 Jahre, bei Männern 18,1 Jahre. 1960 waren es 10,6 Jahre bei Frauen und 9,6 Jahre bei Männern. Das bedeutet: In knapp sechzig Jahren hat sich die Rentendauer verdoppelt.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag 2018 die Lebenserwartung der 65-jährigen für Männer bei 17,8 und für Frauen bei 21 Jahren.

Eine längere Lebensdauer, eine bessere gesundheitliche Verfassung und ein realistisches, d. h. nicht ausschließlich negatives Altersbild bewirken, dass der Ruhestand heute einen völlig anderen Stellenwert hat.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die gängige biografische Einteilung in die drei Phasen Ausbildung, Arbeit und Ruhestand durch eine neue zu ersetzen, die besser passt. In der ersten Phase ging es darum, sich zu entwickeln und zu lernen, in der zweiten Phase standen die Berufstätigkeit, das „Produktiv sein“ im Fokus und in der dritten Phase der Müßiggang und der Rotwein. (*Dr. med. Hiob Prätorius*)

Eine neue Beschreibung des Ruhestands, die die Chancen dieser Lebensphase klarer herausstellt, hebt diese apodiktische Trennung auf und bindet Elemente der vorherigen Phasen ein.

Zur Muße kommen in der nachberuflichen Phase noch Bildung, auch im Sinne einer Weiterentwicklung der Persönlichkeit, sowie produktive Tätigkeiten hinzu.

Produktiv und aktiv zu sein – im Ruhestand jedoch erfreulicherweise ohne den Leistungsdruck und den Erfolgszwang der beruflichen Phase – ist die Botschaft. Ziehen wir im Alter und im Ruhestand den „Sabaton“ wieder an. Nur im Handeln liegt die Hoffnung.

*Klaus Neuenhüsges  
Bundesseniorenvertreter*



Klaus Neuenhüsges.

Foto: BSBD

und Invaliditätsversicherung sah im Deutschen Kaiserreich eine Rente ab dem 70. Lebensjahr vor. Dieses Alter erreichten jedoch nur wenige, denn die durchschnittliche Lebenserwartung lag für Männer bei etwa 46, für Frauen bei etwa 52 Jahren.

Erlebten Menschen damals das Rentenalter, so waren sie aufgrund der schweren Arbeit, der langen Arbeits- und der kaum vorhandenen Erholungsphasen gesundheitlich oft so beeinträchtigt, dass sie kaum in der Lage waren, sich an diesem zu erfreuen.

In dieser Zeit entwickelte sich der Begriff des Ruhestands, den auch heute



Dass die Ruhestandsphase im Vergleich zur gesamten Lebenszeit inzwischen größeren Raum einnimmt, liegt an der in den letzten hundert Jahren deutlich gestiegenen Lebenserwartung.